

September 2016

Die Syrienkrise: Die Auswirkungen auf die Beziehungen der EU und der NATO zur Türkei

Arbeitspapier

Hakan Akbulut

Leistung erbracht im Rahmen des Kooperationsprojekts BMLVS/DIONSihPol – oiiip

Zusammenfassung

Dieses Papier behandelt die Implikationen der Syrienkrise für die Beziehungen der EU und der NATO mit der Türkei. Der Fokus wird hierbei auf die Auswirkungen des Akutwerdens der Flüchtlingsfrage sowie auf die Nachwirkungen des Abschusses eines russischen Kampffjets durch die türkische Luftwaffe gelegt. Die Entwicklungen der letzten Monate werden auch in den historischen Gesamtkontext der Beziehungen zwischen den genannten Akteuren gesetzt, um Kontinuitäten besser sichtbar zu machen. Während der ambivalente Charakter der Implikationen der Syrienkrise verdeutlicht wird, wird insgesamt der Schluss gezogen, dass grundlegende Veränderungen nicht zu beobachten sind. Die geopolitische Bedeutung der Türkei sowie ihre Rolle als Bollwerk und Pufferzone geraten allerdings erneut stärker in den Vordergrund.

Abstract

This paper explores the implications of the Syrian crisis for relations of the two institutions EU and NATO with Turkey. The analysis focuses on the consequences of the refugee issue turning acute as well as on the repercussions of the shooting down of a Russian fighter jet by the Turkish air force. The developments of recent months are first summarized before being put into the broader historical context of the relations among the mentioned players in an effort to better show given continuities. While demonstrating the ambivalent nature of the impact of the Syrian crisis, the conclusion is drawn that the main characteristics of these relationships remain the same. However, the geopolitical significance of Turkey as well as her role as a buffer and bulwark have been accentuated.

Keywords

Türkei, EU, NATO, Flüchtlingsdeal, Russland

Autor

Dr. Hakan Akbulut ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiiip und Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte bilden die türkische Außen- und Sicherheitspolitik, nukleare Non-Proliferation und Abrüstung sowie der Zypernkonflikt.

Danksagung

Der Autor bedankt sich ganz herzlich bei Frau Mag.^a Daniela Härtl für ihr umsichtiges Lektorat.

Inhalt

Einleitung.....	4
Die EU-Türkei Beziehungen und der Krieg in Syrien	6
Der Syrienkrieg, die Flüchtlingskrise, und die Implikationen für die EU-Türkei Beziehungen	7
Die EU und die Türkei – die Konturen einer schwierigen Beziehung.....	11
Die NATO, die Türkei, und der Krieg in Syrien.....	16
Fazit	23
Literatur	25

Einleitung

Türkische Panzereinheiten und Spezialkräfte haben am 24. August 2016 die Grenze zu Syrien überquert und gemeinsam mit der Freien Syrischen Armee (FSA) mit Unterstützung aus der Luft durch die internationale Allianz gegen den sog. Islamischen Staat (IS) zunächst die Ortschaft Jarablus eingenommen. Ihre Mission besteht nach Angaben der türkischen Seite zum einen darin, das Grenzgebiet gemeinsam mit den Kräften der FSA von Kämpfern des IS zu „säubern“. Zum anderen möchte Ankara den Vorstoß der Volksverteidigungseinheiten (YPG), die innerhalb der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) operieren, aufhalten und diese zum Rückzug in das Gebiet östlich des Euphrats zwingen. So will sie nach eigenen Angaben auch einer potentiellen Teilung syrischen Territoriums und der Bildung eines kurdischen Staates unter der Kontrolle der Partei der Demokratischen Union (PYD) und ihres militärischen Arms YPG im Norden entgegenwirken.¹ Des Weiteren hat der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan einmal mehr die Zielsetzung bekräftigt, in einem Areal von etwa 90 km mal 40 km eine Schutzzone inklusive eines Flugverbots zu errichten. Diese Zone soll demgemäß nicht nur als Puffer zwischen der Türkei und der Kampfzone in Syrien dienen, sondern zugleich mit der notwendigen Infrastruktur zur Beherbergung und Versorgung von Kriegsflüchtlingen genutzt werden. Hier soll nach türkischen Vorstellungen dementsprechend eine Stadt für die Flüchtlinge erbaut werden. Die Türkei erwartet sich von ihrer nunmehr verstärkten Präsenz in Syrien auch mehr Mitspracherecht und Einfluss am Verhandlungstisch. So hielt Erdoğan fest, dass keine die Region betreffenden Pläne mehr ohne die Türkei oder ihre Zustimmung implementiert werden könnten (siehe HDN, 08. September 2016).

All dies deutet darauf hin, dass die Präsenz türkischer Truppen auf syrischem Boden vermutlich nicht von kurzer Dauer sein wird, wenngleich mitbedacht werden muss, dass der Krieg seine eigene Dynamik hervorbringt und unerwartete Wendungen nicht auszuschließen sind.² So ist auch kaum absehbar, wie sich dieser türkische Vorstoß auf den Fortgang des Krieges in Syrien insgesamt auswirken wird. Gewissheit besteht hingegen in dem Punkt, dass all diese Entwicklungen und das Szenario eines (wenngleich zumindest vorerst begrenzten) türkischen Einmarsches in Syrien vor etwa fünf Jahren unvorstellbar gewesen wären. Schließlich war Syrien auch zu einem Aushängeschild der zunächst erfolgreichen Ostpolitik der Partei für Gerechtigkeit und

¹ Die YPG als syrischer Ableger der verbotenen Arbeiterpartei PKK wird von der Türkei genauso als eine terroristische Gruppierung eingestuft, während sie von den USA im Kampf gegen den IS umgarnt und unterstützt wird, was die Beziehungen zwischen den beiden NATO-Partnern mitunter einer Belastungsprobe aussetzt.

² Nach türkischen und US-amerikanischen Angaben werden auch Gespräche über eine militärische Operation zur Einnahme Raqqa geführt (siehe HDN, 08. September 2016).

Entwicklung (AKP) geworden. Hatte die Türkei dem syrischen Nachbarn noch Ende 1998 mit militärischen Konsequenzen gedroht, sollte er seine Unterstützung für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nicht einstellen und ihrem Anführer Abdullah Öcalan weiterhin Unterschlupf gewähren, so setzte nach dessen Ausweisung eine Phase der Annäherung ein, die u.a. in der Abhaltung von gemeinsamen Kabinetttreffen, im Abschluss eines Freihandelsabkommens und dem Ausbau des Handels sowie in der gegenseitigen Aufhebung der Visumpflicht in der AKP-Ära kulminierte. Der Ausbruch des sog. Arabischen Frühlings und der Beginn des Aufstands in Syrien brachten nach kurzer Zeit und anfänglichen Vermittlungsversuchen des damaligen türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu jedoch den Bruch zwischen Damaskus und Ankara. In der Annahme, dass Baschar al-Assad ein ähnliches Schicksal wie Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien, Hosni Mubarak in Ägypten, oder Muammar al-Gaddafi in Libyen ereilen und nach ein paar Monaten gestürzt werden würde, wandte sich die türkische Regierung unter Erdoğan von Assad ab und arbeitete von nun an auf seinen Sturz hin. Wie allgemein bekannt, konnte jedoch weder Assad gestürzt, noch Syrien befriedet werden.

Der anhaltende Krieg brachte für die Türkei –wenig überraschend –nicht nur innenpolitische und wirtschaftliche Probleme mit sich, sondern ließ auch die Außenbeziehungen des Landes nicht unberührt. Dieses Papier widmet sich dieser außenpolitischen Dimension und diskutiert die Implikationen des Krieges in Syrien für die Beziehungen des Landes zur EU und NATO. Es wird gezeigt werden, dass die Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen den genannten Akteuren ambivalenter Natur sind: Der Krieg in Syrien und seine Folge- und Begleiterscheinungen erfordern einerseits eine engere Kooperation, bergen aber zugleich Konfliktstoff und wirken zentrifugal. Das Gleichgewicht der Kräfte bleibt jedoch insgesamt erhalten, sodass die genannten Akteure ihre gewohnten Bahnen nicht verlassen. Ein Paradigmenwechsel zeichnet sich nicht ab, während Verschiebungen in den Akzentuierungen durchaus beobachtbar sind. Es sind also wesentliche Kontinuitäten feststellbar, die es unten nachzuzeichnen gilt.

Das Papier widmet sich zunächst den EU-Türkei Beziehungen und fokussiert dabei auf die Auswirkungen des Akutwerdens der Flüchtlingsfrage als Folgeerscheinung des Konflikts in Syrien. Die Entwicklungen in den EU-Türkei Beziehungen seit dem Herbst 2015 werden zunächst zusammengefasst und sodann in den historischen Gesamtkontext dieses Beziehungsgeflechts gestellt, um eben Veränderungen und Kontinuitäten sichtbar zu machen. Anschließend richtet sich das Augenmerk auf die Beziehungen der Türkei zur NATO vor dem Hintergrund des Syrien-

kriegs, wobei in diesem Rahmen das Verhältnis des Landes zu den USA sowie zu Russland besondere Berücksichtigung finden.

Die EU-Türkei Beziehungen und der Krieg in Syrien

Nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 geriet die Türkei einmal mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, so auch in Österreich. Während die Protestkundgebungen von türkischen bzw. türkischstämmigen BürgerInnen im Vorfeld der anstehenden Wiederholung der Stichwahl zur Bundespräsidentenwahl – der zunächst für den 2. Oktober 2016 angesetzt war und aber auf den 4. Dezember 2016 verschoben wurde – die Integrationsdebatte wieder einmal anheizten und den Aspekt von potentiellen „importierten Konflikten“ in den Vordergrund rückten, wurde von österreichischer Seite auch die Fortführung der EU-Beitrittsverhandlungen vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei (siehe u. a. die Verhaftung Zehntausender und die Suspendierung von etwa 80.000 Personen vom öffentlichen Dienst sowie die Debatten über die Wiedereinführung der Todesstrafe) infrage gestellt. So sprach sich etwa Bundeskanzler Christian Kern für einen Abbruch der Verhandlungen aus, welche er als eine „diplomatische Fiktion“ bezeichnete (ORF.at, 03. August 2016). Er konstatierte eine Notwendigkeit, Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei zu erarbeiten und gab an, dies beim bevorstehenden EU-Gipfel im September 2016 zu thematisieren. Gleichzeitig kündigte Außenminister Sebastian Kurz an, die Öffnung weiterer Verhandlungskapitel im EU-Außenministerrat blockieren zu wollen (Orf.at, 06. August 2016). Er stellte nicht nur den EU-Beitrittsprozess der Türkei infrage, sondern zugleich auch den Flüchtlingspakt, den die EU und die Türkei am 18. März 2016 geschlossen hatten. Dieser würde nicht halten, zeigte sich Kurz überzeugt und plädierte für eine Lösung in der Flüchtlingsfrage ohne die Türkei, die auf dem eigenständigen Schutz der Außengrenzen der EU aufbauen müsste. Dem vorausgegangen waren schließlich Ankündigungen aus Ankara, dass der Pakt platzen würde, wenn die Aufhebung der Visumpflicht für türkische StaatsbürgerInnen für den Schengen-Raum nicht wie vereinbart bis Oktober 2016 erfolgen sollte (ORF.at, 31. Juli 2016).

Wenngleich die Forderung nach einem Abbruch der Beitrittsverhandlungen aus Wien offenbar nicht mit anderen EU-Ländern akkordiert war und Bundeskanzler Kern nach dem EU-Gipfel in Bratislava (am 16. September 2016) einräumen musste, dass die Verhandlungen mit der Türkei wohl fortgesetzt würden (ORF.at, 17. September 2016), so veranschaulichen die Debatten in der Phase nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 dennoch deutlich den Stand in den EU-

Türkei-Beziehungen knapp 11 Jahre nach Aufnahme der Beitrittsgespräche und lassen insgesamt Kontinuitäten erkennen. Wie es unten auszuführen sein wird, hat die Flüchtlingsfrage, die mit dem Krieg in Syrien für EU-Staaten wie Ungarn, Österreich, Deutschland, oder Schweden insbesondere ab dem Sommer 2015 akut wurde, zu einem konjunkturellen Aufschwung in den EU-Türkei Beziehungen geführt, im Rahmen dessen auch der Beitrittsprozess mit der Öffnung von zwei weiteren Verhandlungskapiteln scheinbar neu belebt wurde. Die Grundcharakteristika dieser Beziehung bleiben aber dieselben. Die EU-Türkei-Beziehungen folgen weiterhin denselben Parametern wie vor der Syrienkrise auch: Die Frage vor allem, wohin der Beitrittsprozess führen soll und wird, bleibt unbeantwortet, während die Debatten über Alternativen zur Vollmitgliedschaft in variierender Intensität weitergeführt werden. Es sind auch die Syrienkrise und ihre Begleiterscheinungen (siehe eben die Flüchtlingsfrage, die Krise in den türkisch-russischen Beziehungen, die Anschläge des IS im Westen u.a.), die ein Zusammenwirken ohne Zusammensein (also ohne eine Vollmitgliedschaft) noch attraktiver und notwendiger erscheinen lassen und das Konzept einer besonderen Partnerschaft mit der Türkei weiter zementieren dürften. Dass dies in absehbarer Zeit in eine explizite und endgültige Festlegung auf das Modell einer solchen Partnerschaft mit einer gleichzeitigen offiziellen Aufgabe des Ziels der Vollmitgliedschaft mündet, erscheint zumindest aus heutiger Perspektive dennoch unwahrscheinlich.

Der Syrienkrieg, die Flüchtlingskrise, und die Implikationen für die EU-Türkei Beziehungen

Im Februar 2016 hielt der damalige türkische Minister für EU-Angelegenheiten, Volkan Bozkır, rückblickend fest, dass die EU angesichts der Flüchtlingskrise und der Terroranschläge anfänglich eine Panikattacke erlitten habe (siehe HDN, 04. Februar 2016). Sie habe der Türkei Geld und Unterstützung angeboten, um die Zustände in den türkischen Flüchtlingscamps zu verbessern. „We told them that we don’t want money or anything else. If you think that this is a problem that could be resolved together, then make us feel like a part of the family“, gab Bozkır an, sei ihre Antwort hierauf gewesen (HDN, 04. Februar 2016). Es war jedoch natürlich auch Geld, das die Türkei von der EU verlangte; in diesem Sinne eine gerechtere „Lastenteilung“. So überrascht es nicht, dass in den Verhandlungen zwischen der EU oder einzelnen EU-Staaten (siehe insbesondere die Rolle der deutschen Kanzlerin Angela Merkel) und Ankara, Elemente erörtert wurden, die einerseits spezifisch auf die Flüchtlingsfrage abzielten, und andererseits darüber hinausgingen und die EU-Türkei Beziehungen im Allgemeinen betrafen.

Zum einen ging es – um es in den Worten der deutschen Kanzlerin auszudrücken – um eine „Dynamisierung des Beitrittsprozesses“ (zitiert in Salzburger Nachrichten, 18. Oktober 2015). Der gemeinsamen Erklärung des EU-Türkei Gipfels vom 29. November 2015 ist dementsprechend zu entnehmen, dass beide Parteien „übereinstimmend der Auffassung [seien], dass der Beitrittsprozess mit neuer Energie weitergeführt werden muss“ und „dass ein strukturierter und häufiger geführter Dialog auf hoher Ebene eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, das enorme Potenzial der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, das noch nicht vollständig entfaltet wurde, zu erschließen“ (Europäischer Rat 2015). In diesem Sinne sollten zwei Mal im Jahr Gipfeltreffen in unterschiedlicher Konstellation und darüber hinaus „umfassende regelmäßige Tagungen im Rahmen des politischen Dialogs auf der Ebene der Minister/des Hohen Vertreters/der Kommissionsmitglieder“ abgehalten werden. Vereinbart wurde zudem die Öffnung des Kapitels 17 „Wirtschafts- und Währungspolitik“ in den Beitrittsverhandlungen. Die Kommission sollte indes die Öffnung weiterer Kapitel vorbereiten – jedoch „unbeschadet der Position der Mitgliedsstaaten“ (die Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen in einzelnen Kapiteln liegt ja bei den Mitgliedsstaaten und es gibt hier eine Reihe von Blockaden, wie unten zu zeigen sein wird). Es wurde darüber hinaus vereinbart, dass die Türkei das Rücknahmeabkommen mit der EU, das bereits im Dezember 2013 unterschrieben und im Oktober 2014 teilweise in Kraft getreten war, nicht wie zunächst vorgesehen ab Oktober 2017 in vollem Umfang anwendet, sondern bereits ab Juni 2016.³ Im Gegenzug sollte die Visumsfreiheit für türkische StaatsbürgerInnen auch vorgezogen werden und im Falle einer Erfüllung aller Kriterien durch die Türkei bereits ab Oktober 2016 gelten. Des Weiteren sagte die EU „einen ersten Betrag von 3 Mrd. EUR an zusätzlichen Mitteln“ zu, der den Flüchtlingen in der Türkei zugutekommen sollte. Mit der gemeinsamen Erklärung vom 29. November 2015 wurde nicht zuletzt ein bereits am 15. Oktober 2015 vereinbarter Aktionsplan in Kraft gesetzt, der dazu beitragen sollte, „Migrationsströme [zu] ordnen“ und „irreguläre Migration einzudämmen“ (Europäischer Rat 2015).⁴

³ Mit dem Inkrafttreten des Abkommens im Herbst 2014 bestand für die Türkei die Verpflichtung zur Rücknahme eigener Staatsbürger, die sich im EU-Gebiet nicht rechtmäßig aufhielten. Darüber hinaus sollte das Abkommen in diesem Zeitraum Anwendung auf „Staatenlose und Staatsangehörige von Drittländern finden“, mit denen die Türkei ihrerseits Rücknahmevereinbarungen getroffen hat (Art. 24, Abs. 3). Drei Jahre später, also ab Oktober 2017, sollte diese Rücknahmeverpflichtung für die BürgerInnen aller Drittstaaten gelten.

⁴ Der Aktionsplan bündelt eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei sowie der Türkei selbst in dieser Frage sowie zur Verhinderung „irregulärer Migration“. Was Letzteres betrifft, so sollte die Türkei beispielweise die Kapazitäten der Küstenwache sowie das Grenzmanagement mit Hilfe der EU verbessern. Es sollte genauso der Informationsfluss zwischen FRONTEX und türkischen Behörden ausgebaut werden. Ebenso sollte die operationelle Kooperation zwischen den beiden Parteien im Kampf gegen Schmuggler und Terroristen forciert werden. Die Türkei sollte auch ein Verbindungsoffizier bei EUROPOL abstellen (siehe dazu European Commission 2015b).

Die Anzahl der in Griechenland ankommenden Flüchtlinge blieb jedoch auch in den kommenden Monaten hoch und stellte die EU vor eine Zerreißprobe. Bei einem weiteren EU-Türkei Gipfel am 7. März 2016 wurden neue Vorschläge und Maßnahmen diskutiert, die sodann die Grundlage für die EU-Türkei Erklärung vom 18. März 2016 bildeten. Es wurde u.a. vereinbart, dass alle „irregulären Migranten“, die nach dem 20. März auf den griechischen Inseln ankommen und keinen Antrag auf Asyl stellen oder „deren Antrag [...] als unbegründet oder unzulässig abgelehnt wird“, in die Türkei rückgeführt werden (Europäischer Rat 2016). Für jeden in die Türkei rückgeführten Syrer, sagte die EU zu, einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufzunehmen (hierfür steht ein Kontingent von 72.000 Plätzen zur Verfügung; sollte dieses Kontingent ausgeschöpft werden, wird der „Mechanismus eingestellt“). Zudem wurde von Seiten der EU in Aussicht gestellt, „eine Regelung für die freiwillige Aufnahme [von weiteren Flüchtlingen aus der Türkei] aus humanitären Gründen“ zu aktivieren, sobald die Anzahl der „irregulären Grenzüberquerungen“ aus der Türkei enden oder „erheblich und nachhaltig“ zurückgehen (ebd.). Sie akzeptierte zudem, die Visumspflicht (für einen Aufenthalt von maximal 90 Tagen) bereits mit Ende Juni 2016 aufzuheben – allerdings wiederum unter dem Vorbehalt, dass die Türkei zuvor die notwendigen Kriterien (insgesamt 72 an der Zahl) erfüllt. Der Türkei wurden auch zusätzliche 3 Mrd. Euro an Finanzhilfen (bis Ende 2018) für Projekte u.a. „in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Lebensmittelversorgung“ für die Flüchtlinge im eigenen Land zugesagt, die jedoch erst dann ausbezahlt werden, wenn die erste Tranche von 3 Mrd. zur Gänze aufgewendet wurde (ebd.).

Wesentlicher im Hinblick auf die Zielsetzungen dieser Arbeit ist der Umstand, dass sich in der Erklärung erneut ein Bekenntnis zur „Neubelebung des Beitrittsprozesses“ fand (ebd.). Der im Dezember 2015 erfolgten Öffnung des Kapitels 17, sollte im ersten Halbjahr die Aufnahme der Verhandlungen im Kapitel 33 „Finanz- und Haushaltsbestimmungen“ folgen. Zudem sollten die Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung weiterer Kapitel „beschleunigt“ werden. Inwiefern die EU der Türkei in der Frage der Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel entgegenkommen könnte, war auch eine der Unsicherheitsfaktoren im Vorfeld des Gipfels. Die Türkei hatte schließlich von Anfang an die Öffnung von fünf weiteren Kapiteln gefordert – allesamt Kapitel, die von der Republik Zypern blockiert werden. Die griechischen Zyprioten ihrerseits beriefen sich auf den 2005 vereinbarten Verhandlungsrahmen für den Beitrittsprozess der Türkei, wonach der Fortschritt in den Verhandlungen auch von der türkischen Unterstützung für eine Lösungsfindung in der Zypernfrage und der Normalisierung in den Beziehungen zur Republik Zypern (also Anerkennung) abhängen würde (siehe dazu Negotiating Framework 2005). Dar-

über hinaus verwiesen sie auf den Umstand, dass die Türkei ihre Häfen und Flughäfen nicht für griechisch-zypriotische Flugzeuge und Schiffe öffnete. Solange sich in diesen Punkten nichts ändere, könne auch von ihnen nicht verlangt werden, ihr Veto aufzuheben, machte die griechisch-zypriotische Seite klar (siehe Cyprus Mail, 16. März 2016). Für den türkischen EU-Minister Bozkir durfte hingegen eine Lösung der Flüchtlingsfrage nicht von der „Caprice“ eines einzelnen EU-Staates abhängig gemacht werden (ebd.). Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, der kurz vor dem Gipfel (genauer am 15. März 2016) zu Gesprächen mit dem griechisch-zypriotischen Präsidenten Nicos Anastasiades in Nikosia eintraf, machte klar, dass ein allfälliges Flüchtlingsabkommen mit der Türkei für jedes Mitgliedsland akzeptabel sein müsse – unabhängig von der Größe des jeweiligen Landes – und die EU die Interessen Zyperns nicht verletzen dürfe (siehe FT, 17. März 2016).

Der Umstand, dass der Flüchtlingspakt zustande kam, obwohl lediglich ein weiteres Kapitel eröffnet wurde und jene von der Republik Zypern getätigten Vetos aufrecht blieben, lässt den Schluss zu, dass die Türkei in dieser Frage vermutlich ohnehin mit keinem Durchbruch gerechnet hat, sondern in erster Linie diplomatischen Druck gegen die griechischen Zyprioten aufbauen und zur Geltung bringen wollte. Wenngleich die Forderung nach Öffnung weiterer Kapitel in den folgenden Monaten auch immer wieder zu hören war, insbesondere in Bezug auf die Kapiteln 23 („Justiz und Grundrechte“) und 24 („Recht, Freiheit und Sicherheit“), die genauso von der Republik Zypern blockiert werden, die eigentlichen Streitpunkte stellten die Frage der Finanzhilfe aus der EU sowie die Einführung der Visumsfreiheit für die türkischen StaatsbürgerInnen dar. Die türkische Seite kritisierte immer wieder, nur Bruchteile der vereinbarten Summen erhalten zu haben.⁵ Zudem wurde die Visumpflicht nicht wie anvisiert Ende Juni 2016 aufgehoben, weshalb die Türkei mehrmals eine Aufkündigung des Flüchtlingspakts in den Raum stellte, während die EU die Türkei zur Erfüllung aller notwendigen Kriterien aufrief und betonte, dass es hier keine Abkürzungen für die Türkei geben könne.

Das Akutwerden der Flüchtlingsfrage als Begleiterscheinung der Syrienkrise hat somit zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sowie zwischen dem Letzteren

⁵ So hat auch Erdoğan bereits im Februar 2016 scharfe Kritik an der EU geübt, weil sein Land die im Oktober 2015 vereinbarte Summe von € 3 Milliarden noch nicht erhalten habe. Es stehe nicht Trottel auf ihre Stirn geschrieben, gab Erdoğan an, und fügte hinzu, die Türkei könnte ihre Tore Richtung Europa öffnen und den Flüchtlingen einfach eine gute Reise wünschen (BBC Türkçe, 11. Februar 2016). Ähnlich habe Erdoğan nach Zeitungsberichten in einem Treffen mit EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, im November 2015 argumentiert und gesagt, die Türkei könnte die Flüchtlinge einfach in Busse Richtung Griechenland und Bulgarien setzen (BBC Türkçe, 8. Februar 2016).

und einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, geführt. Angesichts der geographischen Lage der Türkei sowie des Umstands, dass sie die Transitroute für Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, und Afghanistan auf ihrem Weg nach Europa darstellt, wäre es wohl auch kontraintuitiv gewesen, wenn beide Seiten keine engere Kooperation und Abstimmung miteinander gesucht hätten. Gleichzeitig haben diese Entwicklungen auch die Debatten zur „türkischen Frage“ weiter angefacht, ohne dass dabei eine qualitative Neubeurteilung im Sinne einer positiven Bewertung eines potentiellen türkischen Beitritts zur EU oder einer positiven Konnotation einer solchen Eventualität im öffentlichen Diskurs beobachtbar gewesen wäre – die Debatten in Österreich sind wohl beispielhaft. Vielmehr konzentrierten sich die Diskussionen auf die Frage, ob denn die Türkei ein verlässlicher Partner sei, mit dem in so wichtigen Fragen kooperiert werden könne, und ob sich die EU hier in eine womöglich verhängnisvolle Abhängigkeit begeben. Hinzu kommt, dass die Fragen der finanziellen Unterstützung durch die EU und der Aufhebung der Visumsfreiheit für türkische StaatsbürgerInnen die EU-Türkei-Beziehungen zusätzlich belasten, was die ambivalenten Implikationen der Flüchtlingsfrage weiter sichtbar macht. Der Einfluss auf die Beitrittsgespräche per se bleibt insgesamt begrenzt, da weniger Verhandlungskapitel als verlangt für Verhandlungen freigegeben wurden. Der Umstand, dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel als die wichtigste Treibkraft hinter dem EU-Türkei Flüchtlingsdeal agierte, täuscht auch nicht darüber hinweg, dass sie weiterhin die Verfechterin einer privilegierten Partnerschaft ist, deren Konturen sich immer mehr abzeichnen (siehe u.a. Zollunion, Dialog und Zusammenarbeit in spezifischen Fragen wie Migration und Energiesicherheit). Somit bleiben die Grundcharakteristika dieser Beziehung dieselben.

Die EU und die Türkei – die Konturen einer schwierigen Beziehung

Angesichts der oben beschriebenen Intensivierung in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU und der gemeinsamen Suche nach einer Antwort auf die Flüchtlingskrise, sprach der damalige türkische Premierminister Ahmet Davutoğlu im Anschluss an den EU-Türkei Gipfel im November 2015 von einem historischen Tag und einem Wendepunkt in den Beziehungen seines Landes mit der EU (Hürriyet, 30. November 2015). Knapp ein Jahr später ist offensichtlich, dass sich an den EU-Türkei Beziehungen grundsätzlich nichts verändert hat und die von Davutoğlu gewählten Attribute in Retrospektive nicht gerechtfertigt sind. Die Herausforderungen und Probleme, die bis dato gegeben waren, bleiben bestehen. Zutreffender wäre es wohl, von einem konjunkturellen Aufschwung in den Beziehungen zu sprechen, wie es sie in den EU-

Türkei Beziehungen immer wieder gab, und welchem mit dem Putschversuch des 15. Juli 2016 erneut eine Abkühlung in den Beziehungen folgte.

Die Phase nach 1999, insbesondere nach der Regierungsübernahme der AKP, kann wohl als die goldene Periode in den EU-Türkei-Beziehungen bezeichnet werden (zum Folgenden siehe Akbulut 2013, 13 ff.). War beim Gipfeltreffen von Helsinki im Dezember 1999 der Türkei der langersehnte Kandidatenstatus verliehen worden, so wurde im Jahr 2002 vereinbart, dass Beitrittsgespräche mit dem Land aufgenommen werden sollten, sollte die EU-Kommission 2004 bestätigen, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Dem vorausgegangen war hingegen eine regelrechte Krise in den EU-Türkei Beziehungen. Auf dem Gipfel von Luxemburg (1997) war der Republik Zypern und 10 mittel- und osteuropäischen Staaten der Kandidatenstatus verliehen worden, während der Türkei lediglich bestätigt wurde, dass sie für einen Beitritt in Frage käme. Die Türkei setzte daraufhin den politischen Dialog mit der EU aus und kündigte an, das Beitrittsgesuch zurückzuziehen, sollte sie auf dem nächsten Gipfel nicht zum Kandidatenland gekürt werden. Beides blieb jedoch aus und die Türkei erhielt, wie zuvor festgehalten, 1999 den Kandidatenstatus. Was darauf folgte war ein Reformprozess auf türkischer Seite, der nach den Wahlen vom November 2002, die die AKP an die Regierung brachten, beschleunigt und ausgeweitet wurde. Schließlich lieferte die Kommission 2004 einen positiven Bericht und bescheinigte der Türkei die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, womit der Entschluss gefasst wurde, die Beitrittsverhandlungen ein Jahr später aufzunehmen.

Die Verhandlungen wurden zwar tatsächlich im Oktober 2005 aufgenommen, werden aber ergebnisoffen geführt, wenngleich der Beitritt das Ziel dieser darstellt (betrifft nicht nur die Türkei). Sollte die Aufnahmekapazität der EU nicht gegeben sein oder die Türkei nicht alle Verpflichtungen erfüllen können, so soll das Land möglichst eng an europäische Strukturen angebunden werden (siehe dazu Negotiating Framework 2005). Österreich hatte damals schon unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Außenministerin Ursula Plassnik – wiederum im Alleingang, diesmal im Vorfeld der Landtagswahlen in der Steiermark – die Aufnahme einer expliziten Alternative zur Vollmitgliedschaft in das Verhandlungsmandat gefordert, war aber damit gescheitert. Das Verhandlungsmandat drückt dennoch bereits Zweifel über den Ausgang der Verhandlungen aus und impliziert eine enge Anbindung als Alternative, ohne diese näher auszuführen. Dies ist wohl dem Umstand geschuldet, dass trotz der Entscheidung, in Verhandlungen mit der Türkei einzutreten, die Frage, ob die Türkei jemals als Vollmitglied aufgenommen werden würde, unbeantwortet blieb. Für die Eventualität eines erfolgreichen Verhand-

lungsabschlusses rüsteten sich Staaten wie Frankreich und Österreich entsprechend mit der Option einer Volksabstimmung zum Thema, während Deutschland unter Kanzlerin Merkel das Konzept einer privilegierten Partnerschaft forcierte.

Ein Abschluss der Verhandlungen in einem absehbaren Zeitraum erscheint aus heutiger Perspektive ohnehin als extrem unwahrscheinlich. Sie sind schließlich bereits kurze Zeit nach Verhandlungsbeginn ins Stocken geraten. Aufgrund des Zyperndisputs⁶ und der türkischen Weigerung, das Zusatzprotokoll zu seinem Assoziationsabkommen auf die Republik Zypern anzuwenden und seine Häfen und Flugplätze für griechisch-zypriotische Schiffe zu öffnen, hat die EU bereits 2006 beschlossen, in acht Kapiteln keine Verhandlungen zu starten. Zudem können keine Verhandlungskapitel provisorisch geschlossen werden, solange die Türkei das Zusatzprotokoll nicht anwendet. Hinzu kommt der Umstand, dass die griechischen Zyprioten sechs Kapitel in den Verhandlungen seit 2009 unilateral blockieren. Darüber hinaus hat auch Frankreich, das einem Beitritt ablehnend gegenüber steht, unter Präsident Nicolas Sarkozy jene Kapitel, die allein für Vollmitglieder relevant seien, blockiert. Unter François Hollande wurden zwar mehrere Kapitel doch noch freigegeben, es sind aber noch nicht alle Vetos aufgehoben und die grundsätzliche Ablehnung der französischen Seite bleibt bestehen.

So wurden bis dato lediglich in 16 von insgesamt 35 Kapiteln Verhandlungen aufgenommen – in zwei von 16 erst nach Dezember 2015. Provisorisch geschlossen wurden die Verhandlungen erst in einem Kapitel. Angesichts der oben genannten Blockaden, könnten im Prinzip nur mehr in drei Kapiteln Verhandlungen aufgenommen werden (zwei zusätzliche Kapitel – darunter jenes zu den Institutionen, welches weiterhin mit einem französischen Veto belegt ist – werden erst ganz am Ende verhandelt, wenn die Verhandlungen in den anderen 33 Kapiteln abgeschlossen wurden), vorausgesetzt, die Türkei erfüllt die Eröffnungskriterien. Mit der Ankündigung des österreichischen Außenministers, ein Veto gegen die Öffnung von weiteren Verhandlungskapiteln einlegen zu wollen, erscheint auch eine Öffnung dieser Kapitel als unwahrscheinlich. Schließlich muss die Öffnung und Schließung eines jeden Verhandlungskapitels einstimmig

⁶ Bemühungen zur Lösung des Zypernstreits und zur Erzielung einer Wiedervereinigung waren vor dem EU-Beitritt der griechischen Zyprioten intensiviert worden und erschienen zunächst aussichtsreich. Am Ende blieben sie jedoch erfolglos, weshalb allein die griechischen Zyprioten der Union beitraten (offiziell stellt die ganze Insel EU-Territorium dar, wobei im Norden das Gemeinschaftsrecht suspendiert ist; siehe Akbulut 2013, 15). Die Türkei war nun mit der Notwendigkeit konfrontiert, den Geltungsbereich des Assoziationsabkommens mit der EU im Einklang mit dem Zusatzprotokoll auf die Republik Zypern auszuweiten und somit ihre Häfen und Flughäfen für griechisch-zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Sie lehnte dies jedoch ab, forderte, dass die EU zuvor den direkten Handel mit den griechischen Zyprioten aufnehmen müsse und internationale Flüge über den Flughafen Ercan ermöglicht werden müssten, was wiederum für die griechischen Zyprioten nicht infrage kam.

beschlossen werden. So gesehen ist das österreichische Veto bzw. die Vetoankündigung ein weiterer Stolperstein im Verhandlungsprozess, bewirkt aber de facto keinen wesentlichen Unterschied, solange die Zypernfrage nicht geregelt ist (hier sind, wie oben geschildert, insgesamt 14 Kapitel betroffen) und Frankreich seine Haltung in der Frage des türkischen Beitritts nicht revidiert.

Zuletzt hat die Türkei bei einer Zusammenkunft des EU-Erweiterungskommissars, Johannes Hahn, und der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, mit dem türkischen Europaminister Ömer Çelik und Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu (am 9. September 2016) die Öffnung der Kapitel 23 und 24 gefordert. Während die Forderung nach einer Öffnung von Kommissar Hahn unterstützt wurde, der gleichzeitig daran erinnerte, dass die Entscheidung bei den Mitgliedsstaaten liege, ließ der Sprecher von Außenminister Kurz wissen, dass sich die Frage nach einer Öffnung von weiteren Verhandlungskapiteln nicht stelle und sich an der österreichischen Ablehnung nichts verändert habe (siehe ORF.at, 9. September 2016). Eine Öffnung dieser Kapitel noch im Jahr 2016, wie von türkischem EU-Minister Çelik gefordert, scheint aber auch ohne die Vetoankündigung Wiens aufgrund der besagten „Zypernhürde“ mehr als unwahrscheinlich.

Interessant ist im Hinblick auf die Diskussionen rund um die Öffnung der Kapitel 23 und 24, welche Grundrechte, Freiheiten und das Justizwesen betreffen, eine Art Rollentausch zwischen der türkischen Regierung und der EU. Der EU-Minister Ömer Çelik hielt im Anschluss an das oben erwähnte Treffen mit Mogherini und Hahn Anfang September 2016 fest, dass sie sich die Aufnahme von Verhandlungen in diesen Kapiteln, die nach seiner Darlegung das Herzstück der Beitrittsverhandlungen darstellten, erwarteten (siehe Hürriyet, 9. September 2016). Gerade in diesen Fragen (Pressefreiheit, Grundrechte und –freiheiten u.ä.) werde sehr viel Kritik an der Türkei geübt. Sollte diese Kritik in der Tat auf eine Verbesserung der Lage in diesen Bereichen abzielen und aufrichtig gemeint sein, so möge man diese Kapitel öffnen, forderte der Minister. In den Verhandlungen geht es ja um die Frage, wie und wann die betreffenden Bestimmungen und Standards der EU vom Kandidatenland übernommen werden. So gesehen würde gerade die Öffnung dieser Kapitel der EU die Möglichkeit einräumen, auf die Entwicklungen in Fragen der Grundfreiheiten und der Justiz in der Türkei Einfluss zu nehmen.

Ob und inwieweit es die AKP-Regierung mit dieser Forderung ernst meint und erneut den Willen zur Reform findet, wird sich wohl in diesem Rahmen der bzw. im Zusammenhang mit den

Beitrittsverhandlungen nicht überprüfen lassen, sofern vorrangig Zypern seine Blockadehaltung nicht überraschend aufgibt. Die Entwicklungen der letzten Wochen sowie der Jahre davor, lassen jedenfalls Zweifel an dieser Reformbereitschaft der AKP aufkommen. Agierte sie vor allem in der ersten Legislaturperiode als wirtschaftliche und politische Reformkraft, was nicht nur vom Wähler, sondern auch von Beobachtern im Ausland honoriert wurde, waren insbesondere die letzten Jahre von wirtschaftlicher Stagnation und demokratiepolitischem Rückschritt gekennzeichnet, die sich in erster Linie in Form von Eingriffen in die Justiz, in einer Untermotivierung der Gewaltenteilung, und einer Einschränkung der Meinungs-, Versammlungs-, und Pressefreiheit manifestierten. Die Politik der AKP unter dem einstigen Erneuerer Erdoğan nahm nun immer mehr autoritäre und repressive Züge an. All diese Entwicklungen (noch vor dem Putschversuch des 15. Juli 2016) haben wenig überraschend auch das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei belastet und die Aussichten auf eine Vollmitgliedschaft weiter schrumpfen lassen. Darüber, in welchem Stadium die Beitrittsverhandlungen heute wären, wenn die AKP den anfänglichen Reformkurs beibehalten hätte, kann nur spekuliert werden. Wenn jedoch bedacht wird, dass die Blockaden in den Verhandlungen bald nach Verhandlungsbeginn sukzessive aus Gründen installiert wurden (2006 durch den Rat, ab 2007 unilateral durch Frankreich, 2009 unilateral durch die Republik Zypern), die mit Fragen der Demokratie und Grundrechte in der Türkei nichts zu tun haben, kann angenommen werden, dass sich der Stand in den Verhandlungen von jenem, wie wir ihn heute vorfinden, vermutlich nicht wesentlich unterschieden hätte. Im Hinblick auf die von Çelik getätigten Aussagen ist an dieser Stelle noch anzumerken, dass der Rahmen der Beitrittsverhandlungen keine Voraussetzung für eine Demokratisierung in der Türkei darstellen kann. Schließlich kann die Türkei auch ohne die Zusammenarbeit der EU-Kommission Reformen realisieren, wenn sie denn wollte. Ähnlich lautete im Jahr 2007 auch die Reaktion des damaligen Chefverhandlers auf türkischer Seite, Ali Babacan, auf die Ankündigung Frankreichs, die Aufnahme von Verhandlungen im Kapitel 17 („Wirtschafts- und Währungspolitik) zu blockieren: „Regardless of what chapters are opened, regardless of what chapters are closed, we will integrate our legislation as soon as possible and we will wait until the EU is ready for Turkish membership“ (NYT, 25. Juni 2007).

Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei werden wohl auf absehbare Zeit konstant wechselhaft bleiben, in der sich Phasen einer Intensivierung und Verbesserung mit Perioden einer Verschlechterung und Entfremdung in unregelmäßigen Abständen ablösen. Ein verbindendes und dauerhaftes Element in den Beziehungen zwischen den meisten EU-Staaten und der Türkei wird wohl weiterhin die NATO-Mitgliedschaft des Letzteren sein. Die Entwicklungen

in Syrien haben nicht bloß einen konjunkturellen Aufschwung in den EU-Türkei Beziehungen bewirkt, sie haben zugleich auch die sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei für Europa sowie die Relevanz der NATO für die türkische Sicherheit selbst vor Augen geführt. Diesem Aspekt widmet sich der nächste Abschnitt.

Die NATO, die Türkei, und der Krieg in Syrien

Der Krieg in Syrien brachte für die Türkei wenig überraschend gravierende sicherheitspolitische Herausforderungen mit sich. Mit dem Einbruch des sog. „Arabischen Frühlings“ änderte sich der regionale Kontext grundlegend, sodass die „Nullproblempolitik“ der vorangegangenen Jahre, die auf einen Abbau bestehender Spannungen und eine Lösung althergebrachter Probleme mit Nachbarländern abzielte und dabei auch einem ökonomischen Kalkül folgte, nun ihre Grenzen erreicht zu haben und darüber hinaus obsolet zu werden schien.

Am deutlichsten wurde dies wenig überraschend im Falle Syriens, insbesondere als ein türkisches Kampfflugzeug im Juni 2012 von der syrischen Flugabwehr abgeschossen wurde. Nach türkischer Darlegung war das Flugzeug im internationalen Luftraum von einer Rakete getroffen bzw. von einer Rakete, die in unmittelbarer Nähe detoniert war, zum Absturz gebracht worden. Die Verantwortung hierfür wurde persönlich bei Assad verortet. Die syrische Seite sprach hingegen von einer Verletzung ihres Hoheitsgebiets und gab an, das Flugzeug sei von einer Flak getroffen worden. Die Türkei verschärfte daraufhin die Einsatzregeln an der Grenze zu Syrien. Erdoğan, damals in der Funktion des Premierministers, verkündete, dass die türkischen Streitkräfte von nun an auf jede Verletzung ihrer Grenze zu Syrien reagieren würden (siehe Sabah, 4. Oktober 2012). Dementsprechend würde jedes „militärische Element“, das sich der türkischen näherte, zu einem Ziel werden. Vor solch einem Hintergrund erschien es nur als eine Frage der Zeit, bis sich ähnliche „Zwischenfälle“ wiederholten. In der Tat schoss die Türkei im Juli 2013 einen syrischen Hubschrauber ab, der nach türkischer Darstellung trotz mehrmaliger Warnungen in den türkischen Luftraum eingedrungen war (Hürriyet, 16. September 2013). Im März 2014 folgte der Abschuss eines syrischen Kampfflugzeugs – erneut auf Grundlage der seit dem Sommer 2012 geltenden Einsatzregeln und aufgrund einer vorliegenden Grenzverletzung, so die türkische Erklärung auch damals (Hürriyet, 23. März 2014). Auch Granaten und Raketeneinschläge auf türkischer Seite wurden vergolten, in dem Stellungen auf syrischer Seite mit Artillerie unter Beschuss genommen wurden.

Spielte sich also im türkisch-syrischen Verhältnis im Hinblick auf Grenzverletzungen eine Art Routine ein, änderte sich die Situation mit der direkten militärischen Intervention Russlands in den syrischen Bürgerkrieg grundlegend. Diesmal war es ein russisches Kampfflugzeug, das von der türkischen Luftwaffe im November 2015 abgeschossen werden sollte. Die türkische Seite berief sich erneut auf die Einsatzregeln sowie auf den Umstand, dass Russland bereits früher wegen Grenzverletzungen mehrmals gewarnt worden sei. Das russische Kampfflugzeug habe trotz mehrmaliger Warnungen seinen Kurs Richtung türkischen Luftraum beibehalten und diesen verletzt, lautete einmal mehr die türkische Schilderung. Zudem sei zum Zeitpunkt des Abschusses die Identität des Flugzeuges nicht bekannt gewesen. Die russische Seite hingegen gab an, ihr Flugzeug habe den türkischen Luftraum nicht verletzt.

Der russische Präsident Wladimir Putin sprach in diesem Zusammenhang von einem Messerstich in den Rücken durch Komplizen von Terroristen (Reuters, 24. November 2015). Somit sollte der Bürgerkrieg in Syrien nicht nur zu einem Bruch zwischen Ankara und Damaskus führen, sondern auch die Beziehungen zwischen Ankara und Moskau schwer belasten. Die russische Vergeltung erfolgte in erster Linie im wirtschaftlichen Bereich. So wurden etwa Charterflüge in die Türkei verboten und die Reiseveranstalter angewiesen, keine Pauschalreisen in die Türkei anzubieten. Die Visafreiheit für türkische StaatsbürgerInnen wurde aufgehoben. Zudem wurden manche Produkte aus der Türkei mit Importverboten belegt, so beispielsweise Obst und Gemüse (mit ein paar Ausnahmen). Die russischen Sanktionen trafen dementsprechend vor allem den Tourismussektor in der Türkei hart, der ohnehin unter dem Zerwürfnis mit Israel und den Unsicherheiten, die der Bürgerkrieg in Syrien, die Lage im Irak, sowie die Anschläge der PKK und des IS in der Türkei mit sich brachten, mit großen Einbrüchen zu kämpfen hatte.⁷ Die militärische Antwort Russlands hingegen erfolgte mit der Stationierung von S-400 Flug- und Raketenabwehrsystemen in Syrien, womit de facto eine Flugverbotszone für türkische Kampfflieger geschaffen wurde. Aus Sorge vor einer russischen Vergeltung sollte die türkische Luftwaffe die Grenze nicht mehr Richtung Süden passieren können.

Der Bürgerkrieg in Syrien brachte die Türkei also auf Konfrontationskurs mit einer konventionellen Übermacht, die darüber hinaus nach wie vor eine nukleare Supermacht darstellt(e). Dabei war es der Türkei und Russland in den vergangenen Jahren gelungen, insbesondere ihre Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich signifikant auszubauen. Russland war zudem ohnehin

⁷ Im Jahr 2014 hatten 4,5 Mio. russische Touristen ihren Urlaub in der Türkei verbracht (HDN, 04. September 2014).

größter Erdgaslieferant der Türkei und sollte nun auch das erste Kernkraftwerk des Landes finanzieren, bauen, und betreiben. Im politischen Bereich war man jedoch trotz des Umstandes, dass mit Putin und Erdoğan offenbar zwei Politiker an der Macht waren, die gut miteinander konnten, in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung bzw. fanden sich beide Länder im Hinblick auf eine Reihe von Konflikten auf unterschiedlichen Seiten wieder, so etwa im Nagorno-Karabakh Konflikt, in der Krimfrage und der breiteren Ukrainekrise, und nicht zuletzt auch in Syrien. Arbeitete die Türkei auf den Sturz von Assad hin, stellte sich Russland eben auf die Seite des Regimes und leistete militärische Unterstützung. Hinzu kam, dass die russische Führung auch Partei für die PYD ergriff, diese unterstützte, und sich für deren Involvierung in die Genfer-Verhandlungen stark machte, was natürlich den türkischen Interessen zuwiderlief. Bis zum Abschuss der russischen Maschine war es beiden Seiten jedoch gelungen, die wirtschaftlichen Beziehungen von den bestehenden politischen Differenzen zu isolieren und den Dialog auf höchster Ebene weiterzuführen. Der Abschuss des Kampffjets leitete jedoch wenig überraschend eine Krise in den türkisch-russischen Beziehungen ein, die, wie oben erwähnt, auch die wirtschaftliche Kooperation erfasste und bis Juni 2016 andauern sollte. Die Entspannung erfolgte erst mit einem Schreiben Erdoğan's an Putin, in dem er den Abschuss nach Darlegung türkischer Medien „bedauerte“ und seine Trauer über den Tod des russischen Piloten zum Ausdruck brachte (Hürriyet, 27. Juni 2016). Bald kam es erneut zu Treffen auf höchster Ebene. Nach und nach hat die russische Seite auch die wirtschaftlichen Sanktionen gelockert; so wurden zuletzt wieder Charterflüge in die Türkei zugelassen. Beide Seiten haben auch eine Hotline eingerichtet, um Zwischenfälle wie im November 2015 zu vermeiden (HDN, 16. September 2016).

Was Russland und die Türkei verbunden hatte und wohl weiterhin verbindet, waren und sind auch ihre „komplexen“ Beziehungen mit dem Westen, allen voran mit den USA. Hill und Taşpınar (2006, 90) halten beispielsweise in Bezug auf die russisch-türkische Beziehung fest, dass diese auf einem Gefühl der Ausgrenzung durch die USA („sense of exclusion“ im Original) aufbaue. In diesem Sinne ist wohl auch die Aussage von Erdoğan zu interpretieren, wonach er 2013 Wladimir Putin um eine Aufnahme der Türkei in die *Shanghai Cooperation Organization* gebeten habe (HDN, 01. Februar 2013). Schließlich meinte es die EU nicht ernst mit dem türkischen Beitritt und würde das Land nur hinhalten, so laut Erdoğan damals die Begründung hierfür. Wie brüchig diese „Partnerschaft“ mit Russland jedoch in Wirklichkeit ist, hat sich mit dem Abschuss des russischen Flugzeugs einmal mehr deutlich gezeigt. Die Entwicklungen in und um Syrien haben gleichzeitig vergegenwärtigt, dass die Türkei trotz anti-westlicher Rhetorik man-

cher Politiker und eines insgesamt ambivalenten Verhältnisses gegenüber dem Westen, fest in der NATO verankert ist und diesen Anker auch benötigt. So wurde nach dem Abschuss der türkischen Maschine durch Syrien, nach IS-Anschlägen in der Türkei, und natürlich nach dem Abschuss des russischen Kampfflugzeugs durch die türkische Luftwaffe, der Nordatlantikatrat zu Konsultationen einberufen. Über Solidaritätsbekundungen der NATO-Partner mit der Türkei hinaus, wurden auch praktische Maßnahmen ergriffen, um die türkischen Verteidigungskapazitäten zu erhöhen und das Abschreckungspotential zu erweitern. Eine konkrete Maßnahme war beispielsweise die Stationierung von Patriot Flug- und Raketenabwehrsystemen an drei Stellen im türkisch-syrischen Grenzgebiet nach dem Abschuss des türkischen Kampffjets durch die Syrer; diese kamen aus dem Arsenal der Niederländer, Deutschen, und der US-Amerikaner.⁸ In Reaktion auf die Spannungen zwischen der Türkei und Russland wurde auch die Präsenz der NATO im östlichen Mittelmeer gesteigert. Spanien hat zugestimmt, den Verbleib der Patriot-Raketen in der Türkei zu verlängern. Das „Paket“, das die NATO geschnürt hat, „include[s] NATO's AWACS surveillance planes ‘enhanced air policing, and increased naval presence including maritime patrol aircraft’“, berichtete Reuters (18. Dezember 2015). Die Zielsetzung bestünde auch darin, eine Wiederholung eines solchen Vorfalls zu verhindern, hielt die Agentur unter Berufung auf Diplomatenkreise fest (ebd.)

Die NATO-Mitgliedschaft und das damit verbundene Abschreckungspotential sowie die Beistandsverpflichtung gemäß Artikel V des Nordatlantikvertrages bilden seit Jahrzehnten zentrale Elemente der türkischen Sicherheitsstrategie. Im Zusammenhang mit Russland kommt natürlich der nuklearen Komponente des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der Allianz eine besondere Bedeutung zu. Trotz aller Rhetorik und des Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen, in sicherheitspolitischen Fragen gibt sich das Land im Zusammenhang mit den russischen Kapazitäten keiner Illusion hin. So zählt die Türkei beispielsweise zu jenen Ländern, die einen einseitigen Abzug von taktischen Nuklearwaffen aus dem US-Arsenal aus Europa, wovon etwa 60 bis 70 auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert sein sollen (Norris/Kristensen 2011, 69-79), ablehnen, sofern sich Russland nicht genauso auf einen Abbau seines Arsenalen an taktischen Nuklearwaffen verpflichtet. Die Entwicklungen in der Ukraine wie in Syrien dürften auch in dieser Frage der nuklearen Abschreckung die Bedeutung der Mitgliedschaft in der Allianz weiter untermauert haben.

⁸ Später wurden die niederländischen Batterien durch spanische abgelöst. Noch vor dem Abschuss der russischen Maschine waren die anderen Batterien im Einvernehmen mit der Türkei abgezogen worden.

Die Entwicklungen in und um Syrien haben jedoch nicht bloß zu einer Krise in den russisch-türkischen oder syrisch-türkischen Beziehungen geführt, sie haben die Beziehungen des Landes zu seinen NATO-Partnern, insbesondere zu den USA, genauso belastet. Die Türkei verlangte ein militärisches Vorgehen gegen das Assad-Regime und propagierte zumindest die Errichtung einer Schutz- und Flugverbotszone im Norden Syriens. Ihr prioritäres Ziel blieb der Sturz Assads, während sich dieses im Falle der US-Amerikaner auf den Kampf gegen den IS verlagerte. Umgekehrt forderten die USA und andere westliche Mächte ein stärkeres türkisches Engagement im Kampf gegen den IS. Das Land hatte sich zunächst der internationalen Koalition nicht angeschlossen, zumal mehrere türkische Diplomaten und deren Familienmitglieder (insgesamt 49 Personen) sowie 31 türkische Fernkraftfahrer Monate lang von der IS gefangen gehalten wurden. Hinzu kamen Berichte darüber, dass die Türkei die Nusra Front, den syrischen Ableger der al-Qaida, unterstützte; sie wurde von Ankara erst 2014 auf die Terrorliste gesetzt, während sie von den USA seit 2012 und der UN seit 2013 als eine terroristische Organisation geführt wurde (Idiz 2014).⁹

Obgleich die Türkei ihren Einsatz gegen den IS ausbaute und den Luftwaffenstützpunkt Incirlik für die Nutzung durch die internationale Allianz öffnete, so wurde die Kooperation der US-Amerikaner mit der PYD/YPG zu einer weiteren Belastungsprobe zwischen der Türkei und den USA. Stellt die YPG für die USA eine effektive Truppe am Boden dar, mit der der Kampf gegen den IS gefochten werden kann, so ist sie als syrischer Ableger der PKK aus türkischer Perspektive eine Terrororganisation.¹⁰ Dies hat die türkische Führung, allen voran Erdoğan, mehrmals klargemacht. Für die Türkei gäbe es keinen Unterschied zwischen der PKK, PYD oder dem IS, hielt er wiederholt fest. Schließlich war der Friedensprozess mit der PKK im Sommer 2015 zusammengebrochen, was wohl nicht in Isolation von den Entwicklungen in Syrien gesehen werden kann, wo sich die Truppen des Regimes bereits 2012 aus den kurdisch besiedelten Gebieten zurückgezogen und der PYD/YPG hier die Kontrolle überlassen hatten. Die Türkei sieht in

⁹ Nach eigener Darstellung hat sich die Gruppe im Juli 2016 von der al-Qaida losgesagt und auch ihren Namen auf Jabhat Fatah al-Sham geändert (Washington Post, 28. Juli 2016).

¹⁰ In Bezug auf das Verhältnis PKK vs. PYD/YPG kann auf einen Bericht der ICG (2016, 2, Fussnote 1) vom April 2016 verwiesen werden: „Officially, the PYD and YPG operate under the leadership of and take ideological inspiration from Öcalan (imprisoned in Turkey since 1999), but are organisationally independent; in practice, Syrian Kurdish PKK cadres with years of service in Qandil (the organisation’s northern Iraqi mountain base) dominate the YPG leadership and are the decision-makers within the self-proclaimed ‘autonomous administration’, the broader organisation established to govern areas under its control in November 2013. In short: while PYD and YPG leaders clearly enjoy a degree of tactical autonomy, on strategic matters the integration of PKK, PYD and YPG leadership structures – and the intense discipline and ideological commitment among Qandil-trained cadres – suggest they will continue to function as a single, multi-faceted organisation for the foreseeable future.”

einer Stärkung der PYD somit auch eine Stärkung der PKK - mit der sie eben seit dem Sommer 2015 erneut einen intensiven Kampf austrägt¹¹ - und eine Gefährdung ihrer eigenen territorialen Integrität (siehe auch ICG 2015).¹² Die türkischen Forderungen nach einem Ende der Unterstützung der USA für die PYD blieben jedoch lange Zeit ungehört. Mit dem eingangs genannten Vorstoß von türkischen Verbänden in syrisches Gebiet, der von den US-Amerikanern offenbar politisch wie militärisch unterstützt wird, und angesichts des Umstandes, dass der US-amerikanische Vize-Präsident Joe Biden am Tag des Starts der türkischen Offensive in Ankara eintraf und erklärte, sie hätten das Versprechen der PYD, diese würden sich hinter den Euphrat zurückziehen – eine von der Türkei definierte rote Linie, kann angenommen werden, dass die Türkei und die USA in dieser Frage zumindest vorerst zu einem modus vivendi gefunden haben. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist auch die Aussage von Biden, dass die PYD/YPG nicht mehr von amerikanischer Seite unterstützt würden, sollten sie ihre Zusagen nicht einhalten. Wie lange dieser modus vivendi halten wird, ist natürlich fraglich.

Sollten die Türkei und ihre NATO-Partner, allen voran die USA, sich jedoch in der Syrienfrage, insbesondere in der Frage der Kooperation mit der PYD/YPG nicht endgültig einigen können, und ihre Beziehungen weiter belastet werden, so würde dies nicht automatisch ihre sicherheitspolitische Kooperation insgesamt infrage stellen oder bedeuten, dass beispielsweise sich die Türkei von der NATO abwendet. Die Beziehungen zwischen der Türkei und manch seiner NATO-Partner waren über lange Strecken alles andere als einfach oder friktionsfrei. Ähnlich zu den Beziehungen zu der EU, gab es auch in den Beziehungen zwischen den USA und der Türkei immer wieder Phasen, die von Streitigkeiten und Spannungen geprägt waren (siehe dazu Akbulut 2005). 1964 drohten die USA dem türkischen NATO-Partner, diese könnten nicht automatisch mit ihrer Unterstützung rechnen, sollten sie Truppen nach Zypern schicken und die Sowjets in Reaktion hierauf militärisch intervenieren, was das Vertrauen der Türken in die Sicherheitsgarantien und die Zuverlässigkeit der USA, und somit der NATO, erschütterte und

¹¹ Die Kämpfe wurden zuletzt vermehrt in bewohnten Ortschaften ausgetragen, womit die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung dramatisch waren. Die ICG berichtet von Wochen langen Ausgangssperren, von 350.000 [in einem späteren Bericht ist von 400.000 Betroffenen die Rede; ICG 2016b, 2) Menschen, die ihre Häuser verlassen mussten und von mindestens 250 getöteten Zivilisten „as security forces deploy tanks and other heavy weaponry to urban centres and the PKK engages in assymetric urban warfare to prevent government from retaking full control“ (ICG 2016a, 1). Zur schrecklichen „Bilanz“ dieses Krieges gehören natürlich auch die getöteten türkischen Soldaten und Polizisten, Kämpfer der PKK, sowie Zivilisten, die den Anschlägen der PKK in türkischen Metropolen zum Opfer fielen.

¹² „Both sides are confident their international position is improving. The PKK is ready to capitalize on the successes of its affiliated groups in Syria to bolster its position vis-à-vis Turkey. The West’s growing reliance on the YPG in the struggle against IS has increased the legitimacy of the PYD (Democratic Union Party)/YPG and given moment to their aspiration for a PYD-run project of Kurdish autonomous enclaves in Syria“, hält der ICG in einem Bericht vom Dezember 2015 in diesem Zusammenhang fest (ICG 2015, 11).

deren Perzeption nachhaltig prägte. Zur türkischen Invasion auf Zypern kam es allerdings dennoch im Jahr 1974. Diesmal verhängten die USA ein Waffenembargo gegen den NATO-Partner, das erst drei Jahre später wieder aufgehoben werden sollte. 1991 zögerten manche NATO-Partner zunächst, vor dem Hintergrund des Irak-Kriegs präventiv Truppen in die Türkei zu verlegen. Der Irak-Krieg und die anschließend verhängte Flugverbotszone hatten die Kontrolle der Zentralregierung in Bagdad über die Kurden im Norden unterminiert und, so befürchteten die Türken, somit das Szenario eines unabhängigen Kurdenstaates begünstigt. Jahre später aber wurden die Kurden im Nordirak zu einem wichtigen Handelspartner, während sich die Beziehungen zur Zentralregierung deutlich verschlechterten. 2003 verwehrte die Türkei den Amerikanern die Nutzung ihres Territoriums für die Stationierung von US-Truppen bei ihrem Einmarsch in den Irak. Monate später brüskierten die Amerikaner die Türken damit, dass sie türkische Soldaten im Nordirak Gefangen nahmen und diesen einen Sack über den Kopf stülpten (in der Türkei spricht man deshalb von einer „Sack-Krise“).

Es könnten weitere Beispiele für Spannungen und Streitigkeiten zwischen der Türkei und seinen NATO-Partnern aufgezeigt werden, was hier jedoch nicht notwendig erscheint, um zu verdeutlichen, dass es immer wieder Phasen gab, die von deutlichen Spannungen und Krisen innerhalb des Bündnisses gekennzeichnet waren. Die Syrienkrise verdeutlicht jedoch die Notwendigkeit und Bedeutung der Kooperation miteinander, wenngleich die NATO-Partner in ihren Zielsetzungen und Strategien bezüglich Syrien oft nicht gleicher Meinung sind und der Syrienfaktor die Beziehungen gleichzeitig einer Belastungsprobe aussetzt. Dass sich beide – also die NATO und die Türkei – voneinander abwenden, erscheint vor so einem Hintergrund als ein äußerst unwahrscheinliches Szenario.¹³

Die geopolitische Bedeutung der Türkei dürfte dementsprechend vor dem Hintergrund des Kriegs in Syrien auch im NATO-Rahmen noch einmal deutlich geworden sein. Der Luftwaffenstützpunkt Incirlik wurde für die Nutzung durch die internationale Koalition gegen den IS geöffnet. Zu den Ländern, die Flugzeuge und Soldaten hier stationiert haben, zählt inzwischen auch Deutschland. Berlin hat angekündigt, die notwendige Infrastruktur für die eigenen Maschinen vor Ort (die Aufklärungsmissionen fliegen) und das dazugehörige Personal schaffen zu wollen, was auf einen längerfristigen Verbleib hindeutet. Angesichts der aktiven Rolle Russ-

¹³ An dieser Stelle ist auch zu erwähnen, dass die NATO eine „reconnaissance, monitoring and surveillance“ Mission in der Ägäis ausführt “to support international efforts to cut the lines of human trafficking and illegal migration” (NATO 2016). Konkret werden dabei eben die Küstenwache der Türkei sowie Griechenlands und FRONTEX unterstützt.

lands und seiner Präsenz in Syrien kann auch angenommen werden, dass mit der NATO-Mitgliedschaft der Türkei der russische Einfluss- und Aktionsradius in der Region eingeschränkt wird; ein Umstand, dem aufgrund der angespannten Situation in Osteuropa zusätzliche Bedeutung zukommen dürfte.

Fazit

Dieses Papier nahm die Beziehungen zwischen den beiden Institutionen – also der EU und der NATO – und der Türkei unter die Lupe, resümierte die Entwicklungen der letzten Monate, und zeigte die Veränderungen auf, um jedoch gleichzeitig Kontinuitäten sichtbar zu machen. Es wurde argumentiert, dass sich an den Charakteristika dieser Beziehungen trotz der offenkundigen Intensivierung nichts Grundlegendes verändert hat. In anderen Worten, diese Beziehungen folgen nach wie vor denselben Parametern. Der Spruch „je mehr es sich ändert, desto mehr bleibt es das gleiche“, scheint diesen Umstand treffend wiederzugeben.

Während die Flüchtlingsfrage eine engere Abstimmung und Kooperation zwischen der EU und der Türkei mit sich brachte und die Beziehungen wiederbelebte, blieben ihre Auswirkungen auf den Beitrittsprozess beschränkt und ambivalenter Natur. Zum einen rückten die EU und die Türkei in der gegenseitigen Wahrnehmung weiter in den Vordergrund, es wurden im zweiten Halbjahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016 je ein Verhandlungskapitel für Verhandlungen freigegeben, es wurde die Abhaltung von EU-Türkei-Gipfeln zwei Mal im Jahr sowie die Anwendung des Rücknahmeabkommens und die Aufhebung der Visumpflicht zu einem früheren Datum als ursprünglich geplant vereinbart. Zum anderen aber blieb der Einfluss auf die Beitrittsgespräche an sich begrenzt; schließlich wurden weniger Verhandlungskapitel als von der Türkei zunächst verlangt geöffnet. Darüber hinaus sollten die Streitigkeiten über den Zeitpunkt der Aufhebung der Visumpflicht sowie über die Erfüllung von EU-Finanzierungszusagen die Beziehungen zusätzlich belasten.

Insgesamt erfolgte die engere Zusammenarbeit und die Eröffnung von zwei Verhandlungskapiteln aus einer Notwendigkeit angesichts der Flüchtlingsfrage und nicht aus einer Neubeurteilung der Frage, ob die Türkei Mitglied werden kann und soll. Ganz im Gegenteil wird hier der Standpunkt vertreten, dass die Entwicklungen in Syrien im Endeffekt die geopolitische Bedeutung der Türkei erneut in den Vordergrund rücken und untermauern. Somit gewinnt wie zu Zeiten des Kalten Krieges der Sicherheitsaspekt an Priorität und Dringlichkeit. Die Rolle der

Türkei als Akteur zur Abwehr von Bedrohungen aus der Region – „konventioneller“ und neuerer Natur (siehe die Konzeptualisierung von größeren Flüchtlingsbewegungen als eine Bedrohung oder Gefahr) – gewinnt an Gewicht, während die Entwicklungen in und um Syrien die Bedeutung der NATO-Mitgliedschaft für die Türkei einmal mehr vor Augen führen. Die Türkei steht also erneut in der Rolle einer Pufferzone und eines Bollwerks – nicht gegen eine potentielle kommunistische Expansion wie zu Zeiten des Kalten Krieges, sondern gegen größere Flüchtlings- und Migrationsbewegungen sowie Terrorgruppen, während sie zugleich mit Unterstützung der NATO-Partner ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten sucht. Angesichts der angespannten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, gewinnt der russische Faktor jedoch erneut an Bedeutung. Diese Funktion als Pufferzone und Bollwerk festigt und forciert auch das Konzept einer besonderen Partnerschaft zwischen dem Land und der EU, wodurch eine Verlegung der Außengrenzen der EU an die Ostgrenzen der Türkei noch unwahrscheinlicher wird.

„Unfortunately for the peace of mankind, it has happened that the Turk is placed in position where it is impossible to ignore him, and almost impossible to endure him“, zitiert Deringil (Deringil 2007, 716) einen Cambridge Professor aus dem 19. Jahrhundert, ohne leider seinen Namen zu nennen; das Zitat stammt aus dem Jahr 1876. Beschäftigt man sich mit den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei bzw. mit ihren NATO-Partnern heute, so scheint dieser Befund seine Gültigkeit auch nach 140 Jahren bewahrt zu haben und die Sachlage, wie wir sie heute vorfinden, weitgehend wiederzugeben.

Literatur

Akbulut, Hakan (2005): NATO's Feuding Members: The Cases of Greece and Turkey, Wien: Peter Lang.

Akbulut, Hakan (2013): Die zypriotische Hürde: Stand und Perspektiven des Zypernkonflikts und die Implikationen für den EU-Beitrittsprozess der Türkei, oiiip Arbeitspapier, Nr. 70, Wien: oiiip, Juli 2013.

Deringil, Selim (2007): The Turks and ‚Europe‘: The Argument from History, in: Middle Eastern Studies, Vol. 43, No. 5, S. 709-723.

EU Commission (2012): Positive EU-Turkey agenda launched in Ankara, MEMO/12/359, 17 May, [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-12-359_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-359_en.htm) [Zugriff: 02. Juli 2016].

EU Commission (2015a): EU-Turkey High Level Energy Dialogue and Strategic Energy Cooperation, Statement, 17 March 2015, http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/arias-canete/announcements/eu-turkey-high-level-energy-dialogue-and-strategic-energy-cooperation_en [Zugriff: 06. Mai 2015].

EU Commission (2015b): EU-Turkey Joint Action Plan, Brussels, 15 October 2015, Fact Sheet, [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-15-5860_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5860_de.htm) [Zugriff: 01. August 2016].

Europäischer Rat (2015): Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU mit der Türkei, 29.11.2015 – Erklärung EU-Türkei, <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/11/29-eu-turkey-meeting-statement/> [Zugriff: 09. September 2016].

EU-Türkei Rücknahmeabkommen [Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Türkei über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt], Amtsblatt der Europäischen Union, L 134/3, 7.5.2014, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:22014A0507\(01\)&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:22014A0507(01)&from=EN) [Zugriff: 03. September 2016].

Hill, Fiona; Taşpınar, Ömer (2006): Turkey and Russia: Axis of the excluded?, in: Global Politics and Strategy, Jg. 48, Nr. 1, S. 89-92.

ICG [International Crisis Group] (2015): A Sisyphean Task? Resuming Turkey-PKK Peace Talks, Crisis Group Europe Briefing No. 77, Istanbul/Brussels.

ICG (2016a): The Human Cost of the PKK Conflict in Turkey: The Case of Sur, Crisis Group Europe Briefing No. 80, Diyarbakir/Istanbul/Brussels.

ICG (2016b): Steps Toward Stabilising Syria's Northern Border, Crisis Group Middle East Briefing No. 49, Istanbul/Qamishli/Brussels.

Idiz, Semiz (2014): Why is Jabhat al-Nusra no longer useful to Turkey?, Al-Monitor, 10. Juni, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/06/idiz-turkey-syria-opposition-nusra-terrorist-unsce-erdogan.html> [Zugriff: 02. September 2016].

NATO (2016): NATO's Deployment in the Aegean Sea, Fact Sheet, Mai, http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2016_05/20160519_1605-factsheet-aegean-sea.pdf [Zugriff: 13. September 2016].

Negotiating Framework [EU-Turkey], Luxemburg, 03. Oktober 2005, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/turkey/st20002_05_tr_framedoc_en.pdf [Zugriff: 03. Februar 2016].

Norris, Robert S.; Kristensen, Hans M. (2011): US Tactical Nuclear Weapons in Europe, 2011, in: Bulletin of Atomic Scientists, Jg. 67, Nr. 1, S. 64-73.

Turkish Foreign Ministry [n.d.]: Turkey-EU Relations, <http://www.mfa.gov.tr/relations-between-turkey-and-the-european-union.en.mfa> [Zugriff: 15. Juli 2016].

Zeitungen und Nachrichtenportale:

BBC Türkçe, <http://www.bbc.com/turkce>

Cyprus Mail, www.cyprus-mail.com

FT [Financial Times], www.ft.com

Die Syrienkrise: Die Auswirkungen auf die Beziehungen
der EU und der NATO zur Türkei
Hakan Akbulut

Hürriyet, www.hurriyet.com.tr

HDN [Hürriyet Daily News], www.hurriyetdailynews.com

NYT [New York Times], www.nyt.com

ORF.at, www.orf.at

Reuters, www.reuters.com

Sabah, www.sabah.com.tr

Salzburger Nachrichten, www.salzburg.com

Washington Post, www.washingtonpost.com